

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. jährlich. Abgabe an den Postamt. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Abonnenten sind zu jeder Zeit willkommen. Die Redaktion ist für die Nichtannahme von Anzeigen nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für die Nichtannahme von Anzeigen nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für die Nichtannahme von Anzeigen nicht verantwortlich.

Wagelgeproben: Die 4-spaltige Nummernliste 20 Goldpfennig, die 4-spaltige Zelle der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 2-spaltige Reklametexte im täglichen Teil 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Redaktion ist für die Nichtannahme von Anzeigen nicht verantwortlich.

Nr. 274. 84. Jahrgang. Telegt.-Abt.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Volkszeit: Dresden 2640 Donnerstag 26 November 1925

Antwort an Mussolini.

Man kann nicht gerade sagen, daß Herr Mussolini ein beruhigendes Element in der europäischen Politik ist. Mit Drohungen spart er nicht, und wie er es einst mit Gabriele d'Annunzio vor Fiume trieb und dann später Korfu mit Granaten belegen ließ, hat deutlich genug gezeigt, daß seine Drohungen keine leeren Worte sind, sondern häufig nur Ankündigung von Taten. Ganz ganz fern am Horizont schien über der Brennergrenze ein Wölflin aufzuspringen, weil ja in Locarno an die Stelle militärischer Nachpolitik ein Geist des Friedens und der Verständigung zwischen den Völkern sich erheben sollte. Eines der ersten Rechte eines jeden Volkes ist seine Selbstbestimmung. Nun hat aber die Grenzregelung in Versailles in schwerer Form gegen dieses Recht verstoßen, indem man nicht nur 300 000 Deutsche in Südtirol den Italienern überantwortete, sondern auch an der östlichen Adriaflüsse weite Strecken, wo die Italiener nur eine Minderzahl bilden, nicht etwa dem neugegründeten jugoslawischen Reich überwies, sondern es gleichfalls Italien zuergab, um dem alten Bündnis nach dem „Mare nostrum“ — unser das Mitteländische Meer! — der Italiener möglichst weit entgegenzukommen. Kürzlich hat Mussolini wieder einmal gedroht, mit den zwei Millionen Faschisten nämlich, die für den Fall zum Sprunge bereit seien, daß Italiens neue Grenzen bedroht seien. Diese Drohung klingt ein wenig merkwürdig hinein in die Verhandlungen, die sich an die Locarno-Konferenz angeschlossen. Sie steigerte sich zu dem Verlangen, daß der italienische Vorkämpfer in Wien vorbrachte, Deutschland müsse Sanktionen erfüllen, weil in der Abgeordnetenkammer an der Unterdrückungspolitik Mussolinis in Süditalien und seinen deutlichen Drohungen gegen Deutsch-Österreich Kritik geübt worden war.

Mussolini hat von ganz anderer Seite eine Antwort erhalten, die an Deutlichkeit wirklich nichts zu wünschen übrig läßt, und zwar eine Antwort, die ganz dicht an der italienischen Grenze ausgesprochen wurde. In Laibach hat der neuernannte südslawische Unterrichtsminister Stephan Raditsch eine Rede gehalten. Raditsch ist selbst Kroate, hat als solcher laubrelig in heftigster Opposition zur Politik der Beigrader Machthaber gestanden, ist Führer der Kroaten, die er schließlich in letzter Zeit so halb und halb mit den Serben verbündet hat. Ganz ungewöhnlich war die Adresse, an die sich Raditsch in seiner Rede wandte. Italien möge sich in acht nehmen und nicht daran denken, etwa seine angebrochene Abenteuerpolitik in die Tat umsetzen zu wollen; denn es würde dann nicht allein Südslawien, sondern die ganze Kleine Entente gegen sich haben, und dann könne es doch vielleicht fraglich werden, ob die Grenzen Italiens so unverletzlich seien, wie Mussolini gemeint habe. Außerdem sei der südslawische Staat so stark, daß er unter keinen Umständen zum Spielball fremder Staatsmänner werden könne. Wenn aber der Faschismus wirklich glaube, das Nationalitätenprinzip auch außerhalb der Grenzen Italiens mit Füßen treten zu können, so solle er sich gefast sein lassen, daß ihm 100 Millionen Menschen vom Baltischen Meer bis zur Adria entgegenzutreten würden.

Raditsch verbittert es sich also, daß Mussolini seine begehrenden Hände ausstreckt über die Grenzen Italiens hinaus, daß er das Selbstbestimmungsrecht draußen mit Sanktionen unterdrücken will, die sich mit der Souveränität der Nachbarstaaten wirklich nicht mehr vereinbaren lassen. Das Verhältnis zwischen Italien und Jugoslawien ist also nicht gerade ein friedlich-freundschaftliches, ebensowenig wie das mit den anderen Nachbarstaaten. Raditsch ist mit seiner Rede übrigens wesentlich geschickter verfahren, als das in Deutschen Reichstag geschehen ist; moderne Staatsweisheit verbietet es ja, sich in die inneren Verhältnisse fremder Staaten einzumischen, auch wenn es die eigenen Volksgenossen angeht. Daran hat sich auch Raditsch gehalten. Freilich ist Mussolini die Wirklichkeit, die immer noch, trotz Locarno, Nachpolitik ist; er würde sich keinen Augenblick befinden, diese Macht im wirklichen oder vermeintlichen Interesse seines Landes einzusetzen.

Nach Briand Doumer.

Paris, 25. November. Briand hat gestern nachmittag gegen 4 Uhr dem Präsidenten der Republik mitgeteilt, daß er die Kabinettsbildung nicht übernehmen könne, da er die notwendige Mitarbeit verschiedener Politiker, auf die er hatte rechnen müssen, um insbesondere die Finanzsanierung durchzuführen, nicht habe finden können. Kurz nachdem Briand das Elisee verlassen hatte, wurde Senator Paul Doumer, der Vorsitzende des Senatsausschusses für Finanzen, dorthin berufen.

Paris, 25. November. Der Präsident der Republik hat Senator Paul Doumer die Bildung des neuen Ministeriums übertragen.

Paris, 25. November. Die Mission Doumers ist bereits in den ersten Stunden nach seiner Berufung als aussichtslos zu betrachten. Bei den Radikalen wie bei den Sozialisten besteht übereinstimmend das Bestreben, ein Kabinetts Doumer, das sich weiter nach rechts orientieren würde, zu verhindern. Unter den Linksparteien besteht der Wunsch, Perrot als Ministerpräsidenten mit Moloy als Innenminister und einer großen Anzahl Sozialisten für die einzelnen Ressorts zu gewinnen.

Locarnodebatte im Reichstag.

Was die Parteien sagen.

(124. Sitzung.) OB. Berlin, 23. November.

Der Reichstag begann bei unvermindertem Interesse des Hauses und der Öffentlichkeit die

Ausfrage über das Vertragswert von Locarno und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.

Der erste Redner aus dem Hause zu der gestrigen Regenerklärung war der Abg. Weis (Soz.), der ausführte, daß keiner mit ungetrübter Freude die Vorlage begrüßen werde. Jeder aber müsse erkennen, daß man am Scheidepunkte der europäischen Politik stünde. Es handle sich darum, nach der Kriegserklärung der Periode des Wiederaufbaues die Wege zu ebnen und ein neues Verhältnis herzustellen. Es sei allgemein ein Bedürfnis nach Frieden vorhanden, das nur von denen verneint werden könne die aus der wirtschaftlichen Unruhe und der politischen Unsicherheit Vorteile auf Kosten der Allgemeinheit ziehen wollten. Deutschlands Arbeiterklasse habe das Bedürfnis nach Frieden in erster Linie. Sie verlange, daß das allgemeine Interesse vorangebracht werde den selbstsüchtigen Interessen von Gruppen, Fraktionen und Parteien. Das gelte vor allem gegenüber der Agitation der deutschnationalen Volkspartei, die aus der Deutlichkeit Chamberlains wissen müsse, daß eine Ablehnung des Locarnovertrages durch Deutschland die Folge hätte, daß England eine neue Entente gegen Deutschland aufbringe. Die Kommunisten sollten erkennen, daß der Locarnovertrag in einem Punkte sich gegen Rußland richte. Deutschland halte es am Populärvertrag; es wolle keine Isolierung Rußlands. Die Sozialdemokraten haben immer den Plan bekämpft, den Völkerbund zu einem Instrument gegen Rußland zu machen. Rußland könne diese Gefahr am besten vermeiden, wenn es sich seiner freiwilligen Isolierung herausrückt. Der Redner polemisierte dann ausführlich gegen die Haltung der deutschnationalen.

Völkischer Mißtrauensantrag.

Präsident Lübe teilte mit, daß von den Völkischen ein Mißtrauensantrag gegen die Regierung und außerdem ein Antrag angegangen sei, wonach bei Annahme der Vorlage die Verhandlung auf zwei Monate ausgesetzt werden solle.

Der deutschnationale Redner.

Abg. Graf von Westarp (Dn.) wandte sich zuerst gegen die Behauptung, daß seine Partei einen neuen Krieg propagiere. Er erklärte weiter, daß seine Freunde einstimmig die Vorlage ablehnten. Auch die deutschnationalen wählten die Verständigung Deutschlands mit den Kriegsfeinden und Nachbarn, aber es müsse eine solche sein, die den deutschen Boden vor einrückenden Truppen bewahre, die Deutschland wirkliche Freiheit und Gleichberechtigung bringe und bei der die anderen auch einmal den guten Willen zeigen müßten, all das offensivere Anrecht, all die einseitige Gewalt, die sie Deutschland angetan hätten, wenn auch nicht wieder gutzumachen, so doch wenigstens einmal zu hören zu lassen. Nach dem Eintritt der deutschnationalen in die Reichsregierung sei in dem Memorandum des Außenministers ohne ihr Vorwissen das Angebot des Sicherheitspaktes gemacht worden und die deutschnationalen hätten sich trotzdem dauernd bemüht, den Vertrag so zu gestalten, daß er auch für sie annehmbar wäre. Darum hätten sie ganz bestimmte Voraussetzungen und Bedingungen immer wieder als notwendigste bezeichnet. Sie müßten aber feststellen, daß das Verhandlungsergebnis von Locarno diesen Bedingungen nicht entspricht. Danach sollte jeder Vertrag auf deutsches Land, jede erneute Anerkennung des Versailler Vertrages ausgeschlossen sein. Diese Bedingung sei nicht erfüllt. (Widerspruch des Außenministers Dr. Stresemann.) Wenn der Reichstanzler, so fuhr der Redner fort, eine autoritative Stimme des Auslandes fenne, die wesentlich von der Auslegung der deutschen Regierung abweiche, so erneuere er an die Äußerungen des belgischen Außenministers, die daraus hinausläufen, daß Deutschland mit dem Locarnovertrag den Versailler Vertrag anerkenne.

Unterbrechung durch den Reichstanzler.

Hier unterbrach Reichstanzler Dr. Luther den Redner und meinte: „Solche Stimmen müssen doch in Zusammenhang gebracht werden mit dem klaren Wortlaut des Vertrages.“ Gewiß, so meinte der Redner, seine Freunde verlangten, besonders auch bei der Haltung der deutschen Sozialdemokratie, daß in Zukunft sich die Auslegung der Gegenseite immer mehr Geltung gewinne. Weiter sei auch die Bedingung nicht erfüllt, daß Deutschland nicht in eine Stellung gegen Rußland gedrängt wird. Tatsächlich habe Artikel 16 der Völkerbundsatzung diese Wirkung. Auch die Schwach der Kriegsschuldfrage sei nicht von Deutschland genommen worden. Ferner sei nicht die erforderliche Sicherheit für eine allgemeine Abrüstung gegeben, ebenso sei keine formelle Stellung gegen den Untersuchungsbeschluss (Kontrollrecht) gegeben. Das Vertragswert sei in überaus undurchsichtiges und kompliziertes Paragaphenwerk, das bei wirklich gespannten Beziehungen der Völker, wie sie z. B. bei Ausbruch des Weltkrieges bestanden, nicht standhalten wird. Die Vermeidung von Kriegen in Paragaphen zu formulieren, sei ein Problem ähnlich der Quadratur des Kreises. Die Nennung der Kölner Zone bedeute kein Entgegenkommen, sondern die Erfüllung eines klaren Rechtsanspruches. Durch die neuen Bestimmungen in der Entwaffnungsfrage werde die Stellung des Generals von Seeckt so verändert, daß die vaterländischen Verbände dem Minister Seering und ähnlichen Leuten ausgeliefert werden. Der belgische Bauderfelde habe kürzlich gesagt, daß eine Abklärung der Vorgesetzten, die im Versailler Vertrag festgelegt seien, nicht zu erfolgen könne. In eingehenden Darlegungen

uchte der Redner dann nachzuweisen, daß das Vertragswert von Locarno verfassungändernde Abmachungen enthalte, also keine Annahme im Reichstag eine Zweidrittelmehrheit erfordere. Gerade das „no variatur“ (nicht abänderbar) des Locarnovertrages habe die größten Schwierigkeiten gemacht, durch das eine Änderung unmöglich wurde, die den deutschnationalen vielleicht die Zustimmung noch ermöglicht hätte. Zum Schluß trat der Redner noch für einen

Rücktritt des Reichskabinetts

vor der Unterzeichnung in London ein, weswegen die deutschnationalen ihr Mißtrauensvotum eingebracht hätten. Sie hätten außerdem beantragt, einen Zusatz in die Vorlage aufzunehmen, daß es zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund eine besondere Gesetzgebung bedürfte. Der Redner schloß mit der Aktion, Deutschland könne nichts helfen, wenn es sich nicht selber helfe und auf seine eigenen Kräfte verlasse. Der Schluß der Rede wurde von den deutschnationalen mit lebhaftem Beifall und Handkatschen, auf der linken Seite mit Pfeifen angenommen.

Mißtrauensantrag der Deutschnationalen.

Das gestern von der deutschnationalen Reichstagsfraktion gleichzeitig mit dem Vorschlag, einhellig gegen die Locarno-Vorlage zu stimmen, angenommene Mißtrauensvotum hat folgenden Wortlaut: „Angesichts der Erklärungen, die die Reichsregierung zur Locarno- und Völkerbundfrage abgegeben hat, obwohl sie gleichzeitig ihren demnächst erfolgenden Rücktritt angekündigt hat, entzieht der Reichstag der Reichsregierung das Vertrauen, dessen sie nach Artikel 54 der Reichsverfassung bedarf.“ Ferner wird beantragt, einen Zusatz zu Absatz 2 der Vorlage anzufügen: „Zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund bedarf es eines besonderen Gesetzes.“

Erklärung des Zentrums.

Abg. Behrensdorf (Ztr.) verlas eine längere Erklärung seiner Fraktion, worin das Vertragswert von Locarno als ein großer Schritt auf dem Wege zur Freiheit bezeichnet wurde. Es widerspreche nicht den Bedingungen, die man an jeden Vertrag zu stellen habe, daß er nämlich nicht der Gleichberechtigung Deutschlands unter den Mächten der Welt oder seiner nationalen Würde zuwiderlaufe. Deutschland erkenne damit nicht die Kriegsschuldfrage an, deren Bekämpfung Deutschland im Völkerbund mit allen Wahrheitsfreunden im Ausland fortsetze. Als notwendige Auswirkung der Verträge erachte das Zentrum die Vereinerung der zweiten und dritten Zone und die Vordatierung der Abstimmung an der Saar. Trotz mancher Bedenken gegen die Satzungen des Völkerbundes sei das Zentrum doch für den Eintritt Deutschlands, damit es nicht zu einer einseitigen Stellung gegen Rußland genötigt werde.

Stellung der Deutschen Volkspartei.

Abg. Dr. Scholz (D. Vp.) hob hervor, daß es schon das Ziel des kaiserlichen Deutschlands gewesen sei, für eine friedliche Entwicklung zu wirken. Aus der schwachen Stellung Deutschlands heraus sei es erklärlich, daß diese Auffassung jetzt verstärkt vertreten werde. Es läme nicht darauf an, ob in Locarno mehr herausgehoben gewesen wäre, sondern darauf, daß das Ergebnis eine Besserung darstelle. Seine Freunde erwarteten von der Reichsregierung, daß beim Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erneut die Feststellung von der Schuldlosigkeit Deutschlands am Kriegsausbruch hervorgehoben werde. Eine wesentliche Verstärkung der Befestigung der zweiten und dritten Zone würde den vielbesprochenen Geist von Locarno in der Praxis zeigen. Einiges sei durch Locarno in den Rheinländer schon besser geworden. Die Abschaffung der Abteilungsgebiete erscheine besonders wünschenswert, weil sie den Anfang der Wiederherstellung der völkischen deutschen Autorität in den besetzten Gebieten bedeute. Nach Eintritt in den Völkerbund müßte dafür gesorgt werden, daß das Kontrollrecht endlich beseitigt würde. Zum Schluß wandte sich der Redner gegen die in einigen deutschnationalen Zeitungen in letzter Zeit erhobenen schweren Angriffe gegen die Deutsche Volkspartei, die allen, die sich nicht gleich ihnen gegen Locarno einließen, die vaterländische Gesinnung abspräche.

Weitere Redner.

Abg. Thälmann (Komm.) lehnte in längeren Ausführungen die Locarnoverträge ab. Stresemann kollidiere so, daß er durch den Garantepakt im Westen Ruhe und Bewegungsfreiheit für blutige Abenteuer im Osten schaffen wolle. England wolle Deutschland zum aktiven Vorgehen gegen Sowjetrußland benutzen. Für Elb-Lothringen und den polnischen Korridor müsse das Recht der Selbstbestimmung erklämpft werden. Der Völkerbund könne ihnen aber nicht helfen; dieser sei nur ein Instrument der imperialistischen Sieger von Versailles zur Verwirklichung ihrer Ziele.

Abg. Koch-Beser (Dem.) erklärte im Gegensatz zum Reichstanzler Locarno nicht für einen Anfang, sondern für eine Etappe auf dem Wege, den seine Freunde seit sechs Jahren gegangen seien, um Deutschland durch Verständigung zur Freiheit zu führen, zur Revision des Versailler Vertrages nicht durch Abänderung, sondern durch seine Auslegung und Weiterbildung.

Der Redner schloß, jetzt komme es darauf an, daß sich all diejenigen Parteien in der Regierung und in der Regierungsmehrheit zusammenschließen, für die Locarno nicht bloß eine Episode sei, sondern die die Außenpolitik im Geiste von Locarno führen wollen. Da dürfe sich keine Partei hinter innenpolitischen Gegensätzen verschließen.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann

betrat die Tribüne und meinte, der Vordredner habe die Frage aufgeworfen, ob es nicht besser sei, dem Vordredner zu antworten, ob es nicht besser sei, dem Vordredner zu antworten, ob es nicht besser sei, dem Vordredner zu antworten.